

Datum

8. Mai 2026

„Christlicher Widerspruch ist eine Verpflichtung“

KAÖ und ZdK gemeinsam gegen Nationalismus und völkisches Denken

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, und der Präsident der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), Mag. Ferdinand Kaineder, warnen zum Europatag am 9. Mai vor einer fortgesetzten Beschädigung der Europäischen Union durch die Neue Rechte. Sie kritisieren, dass diese das Christentum für ihre Zwecke vereinnahmt.

Vor 76 Jahren stieß der französische Außenminister Robert Schuman in einer Rede die Europäische Einigung an. Stetter-Karp sagt: „Heute sind wir in allen Mitgliedstaaten mit nationalistischen Bewegungen und Parteien konfrontiert, die diese Errungenschaft zurückdrehen wollen. Sie wollen nicht nur die europäische Erfolgsgeschichte beenden, sondern auch den Schutz von Minderheiten einkassieren, die Religionsfreiheit für bestimmte Gruppen beschneiden und das Asylrecht abschaffen. Wir werden diesen Irrweg niemals mitgehen.“

Ferdinand Kaineder sieht katholische Gläubige in einer besonderen Verantwortung: „Als KAÖ stehen wir gemeinsam mit dem ZdK entschieden für die menschenrechtsbasierte, liberale Demokratie ein. Die Kirche trägt eine institutionelle Mitschuld an den Schrecken des Austrofaschismus und an der nationalsozialistischen Diktatur. Daraus ergibt sich für uns eine historische Verantwortung, der wir uns stellen. Wir wollen gemeinsam und laut unsere Stimme erheben, Bündnisse bilden und im Diskurs mit den Menschen erklären, warum der rechte Rand niemals eine Alternative sein kann.“

In einer Erklärung, die die Präsidien von KAÖ und ZdK gemeinsam unter dem Titel „Für einen Katholizismus der universellen Menschenwürde“ veröffentlichen, wird die von rechtsextremen Bewegungen propagierte völkische Ideologie als „Angriff auf gesellschaftliche Vielfalt und auf unsere politischen Systeme“ verurteilt. Die Akteure des rechten Randes vereinnahmten Gläubige und deren Glauben. Es geschehe ein „unheiliger Brückenschlag zwischen Christentum und Menschenverachtung, Rassismus und Gewaltanwendung“.



Kaineder kritisiert: „Einige katholische Kreise suchen nicht den demokratischen Diskurs, sondern wollen jenseits des pluralistischen Wettstreits ihre religiösen Überzeugungen zur staatlichen Maxime machen. Dies wird besonders beim Neo-Integralismus sichtbar: Der Staat soll unterwandert werden.“ Stetter-Karp sagt dazu: „Die katholische Sozialethik wird umgedeutet und entkernt, um sie für eigene Zwecke zu nutzen. Gerade das Solidaritätsprinzip ist aber nicht relativierbar – es gilt für alle. Wir müssen mutig aufstehen und unaufhörlich für eine Kirche werben, die Demokratie mitgestaltet und die universelle Menschenwürde im politischen Raum hochhält.“

Die gemeinsame Erklärung können Sie [hier](#) abrufen.